



Medienmitteilung

Zürich, 16. September 2022

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 19. September 2022 Fokusthemen: **Ombudsstelle, Datenschutz, Finanzkontrolle, Initiativen**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag gleich zweimal mit dem Ombudsmann und der Datenschutzbeauftragten beschäftigen. Zu Beginn wird der Rat über die Tätigkeitsberichte der beiden Institutionen diskutieren. Nach der Behandlung einer Einzelinitiative und einer Diskussion über die Pläne des Regierungsrates im Falle einer Strommangellage wird sich der Rat schliesslich um eine Vorlage kümmern, mit der die rechtlichen Bestimmungen zum Ombudsmann, zur Datenschutzbeauftragten und zum Leiter der Finanzkontrolle angeglichen werden sollen. In der allenfalls verbleibenden Zeit wird sich der Rat verschiedenen PI widmen.

Tätigkeitsberichte des Ombudsmannes und der Datenschutzbeauftragten

Kaum umstritten sein wird die Genehmigung der Tätigkeitsberichte für das Jahr 2021 der Ombudsstelle ([KR-Nr. 192/2022](#)) und der kantonalen Datenschutzbeauftragten ([KR-Nr. 193/2022](#)). Die vorberatende Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt einstimmig, die Berichte zu genehmigen. Dennoch dürfte die Behandlung der beiden Geschäfte eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Ratsmitglieder nehmen die Debatte erfahrungsgemäss zum Anlass, um die Arbeit des Ombudsmannes und der Datenschutzbeauftragten zu würdigen und sich zu verschiedenen Punkten zu äussern.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

Konkubinatspartner sollen von Erbschafts- oder Schenkungssteuer befreit werden

Normalerweise zu keinen langen Debatten führt die Behandlung von Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Mit einer EI fordert ein Bürger aus Oberengstringen, der sein Anliegen vor dem Rat vertreten wird, die Gleichstellung von Konkubinats- und Ehepartnern bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer ([KR-NR. 269/2022](#)).

Massnahmen des Kantons bei einer möglichen Strommangellage

Drei Wochen nachdem Regierungsrat Martin Neukom im Kantonsrat in einer Erklärung die Sichtweise der Regierung auf eine drohende Energieknappheit dargelegt hat, wird er am Montag im Rat erneut zum Thema sprechen. Grund ist eine dringliche Interpellation von EDU-Kantonsrat Hans Egli, die dieser Mitte August mit Unterstützung von SVP und FDP eingereicht hatte. Im Vorstoss geht es um die Versorgungssicherheit und mögliche Massnahmen. Da es sich um eine dringliche Interpellation handelt, wird der Baudirektor die Antworten persönlich vortragen ([KR-Nr. 273/2022](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Hans Egli (EDU, Steinmaur), 076 526 79 26

Zeitgemässe Anstellungsbedingungen für verwaltungsunabhängige Stellen

Die rechtlichen Bestimmungen zur Ombudsperson, zur Leiterin oder zum Leiter der Finanzkontrolle und zur oder zum Beauftragten für den Datenschutz sollen angeglichen werden. Die Geschäftsleitung (GL) beantragt dies dem Kantonsrat einstimmig ([KR-Nr. 224/2022](#)). Mit der Angleichung würden die historisch gewachsene rechtliche Struktur der drei verwaltungsunabhängigen Stellen so weit wie möglich vereinheitlicht und zeitgemässe Anstellungsbedingungen geschaffen. Änderungen soll es je nach Funktion unter anderem beim Lohn, der Anwendung des Personalrechts und bei einem möglichen Amtsenthebungsverfahren geben. Auf die amtierenden Personen haben die Änderungen vorerst keine Auswirkung. Sie treten nicht während der laufenden Amtsdauer, sondern auf die Wahl der neuen Amtsperson beziehungsweise erst auf die Wiederwahl der amtierenden Person in Kraft.

GL-Referent: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

PI zu Hilfe für Flüchtlinge, Sitzungsrhythmus des Kantonsrates, Sozialhilfetourismus

In der verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Kantonsrat parlamentarischen Initiativen (PI) widmen. Wie bei den Einzelinitiativen geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. SP-Kantonsrätin Sibylle Marti verlangt, unterstützt von Grünen, Mitte, EVP und AL, eine Harmonisierung der Hilfe für Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung und vorläufig Aufgenommene ([KR-Nr. 181/2022](#)). SVP-Kantonsrat Tobias Weidmann will mit Unterstützung von FDP und Mitte das Milizsystem stärken, indem der Kantonsrat in der Regel nicht mehr wöchentlich, sondern nur noch alle zwei Wochen tagen soll ([KR-Nr. 182/2022](#)). Und EVP-Kantonsrat Walter Meier will mit Unterstützung von SP, GLP, Grünen und AL den Sozialhilfetourismus eindämmen, indem 40 Prozent der Kosten einer Gemeinde für wirtschaftliche Hilfe durch Mittel aus einem Fonds gedeckt werden sollen, der von allen Gemeinden im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl finanziert wird ([KR-Nr. 204/2022](#)).

Sibylle Marti (SP, Zürich), 078 850 83 19

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

Walter Meier (EVP, Uster), 079 828 78 44

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12